

II- 51 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 36 11

A N F R A G E

1990 -11- 2 2

des Abgeordneten Pilz und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Übergriffe der Polizei und Gendarmerie  
(Statistik 1988/89/90)

"Wie in den bisherigen Berichten muß auch diesmal wiederum die Feststellung getroffen werden, daß Fehlleistungen im Bereich der Exekutive (und hier insbesondere bei der Bundespolizei) in besonders sensiblen und schützenswerten Rechtsbereichen, wie jenen der persönlichen Freiheit und der körperlichen Unversehrtheit erfolgt sind. Die Volksanwaltschaft, die im vorangegangenen Bericht mit besonderer Deutlichkeit auf die ein derartiges Fehlverhalten begünstigende unzureichende Handhabung der Dienstaufsicht hingewiesen hat, trifft eine derartige Feststellung auch für diesen Berichtszeitraum."

Mit diesen Sätzen beginnt das Kapitel "Bundesministerium für Inneres" im 11. Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat.

Im Buch "Prügelnde Polizisten. Zum 40. Jahrestag der Erklärung der Menschenrecht - eine Bilanz", herausgegeben vom Grünen Klub, wird durch eigene Recherchen der Autoren, durch die Ergebnisse parlamentarischer Anfragen sowie durch einen Vergleich mit der Bewährungshilfe-Studie zum Thema Polizeigewalt belegt, daß "Organe der öffentlichen Sicherheit" fast nie mit Straf- oder disziplinarrechtlicher Verfolgung rechnen müssen, wenn sie sich am Bürger bzw. an der Bürgerin vergreifen.

So erfreulich die Sensibilisierung des öffentlichen Bewußtseins durch die Veröffentlichungen der Zeitschrift Profil über die Verhörmethoden im Sicherheitsbüro der BPD Wien, durch den Wahrnehmungsbericht des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages, durch diverse andere Medienberichte und nicht zuletzt durch die bereits erwähnte Publikation des Grünen Klubs ist, so unbeirrt werden prügelnde Polizisten von ihren Kollegen weiterhin gedeckt, von Staatsanwälten weiterhin nicht verfolgt und - was nur in Ausnahmefällen nötig ist - von Richtern freigesprochen. Österreich wird seinen Platz im Jahresbericht der Menschenrechtsverletzungen von Amnesty International wohl noch länger behaupten.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten ein entschlosseneres Vorgehen, als das bisher der Fall war, für notwendig und auch erfolgversprechend. Insbesondere erscheint es erforderlich, Beschwerdefälle nicht durch ein internes Bürgerservice, sondern durch eine externe und unabhängige Kommission prüfen zu lassen. Eine derartige Einrichtung könnte auch dazu beitragen, das Selbstbewußtsein der Polizei als "Staat im Staat, als Verwaltungsbereich außerhalb der strengen Bindungen des Rechtsstaates" (siehe Staatspolizei), abzubauen.

Solange derartige Kontrolleinrichtungen nicht in ausreichendem Maße geschaffen werden, solange der jährliche Sicherheitsbericht nicht auch regelmäßig Aufschluß über den Bereich der Polizeigewalt gibt, solange von der parlamentarischen Mehrheit Untersuchungsausschüsse oder auch nur die eingehende Behandlung der betreffenden Kapitel der Berichte der Volksanwaltschaft abgeblockt werden, ist die konsequente Weiterverfolgung von Einzelfällen im Wege der parlamentarischen Anfrage das einzige Mittel, beharrlich auf die Schwachpunkte in Sicherheitsverwaltung und Justiz hinzuweisen, die den "schwarzen Schafen in Uniform" erst die Möglichkeit für ihre Übergriffe bieten.

Um den Bemühungen zur Bekämpfung von Polizeigewalt auch weiterhin Nachdruck zu verleihen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

### A N F R A G E :

1. In wievielen Fällen wurde 1988/89/90 gegen Beamte der Sicherheitsbehörden Beschwerden wegen unzulässiger Gewaltausübung im Dienst geführt (gegliedert nach Behörden bzw. im Bereich der BPO Wien, gegliedert nach Kommissariaten und dem Wiener- und niederösterreichischen Sicherheitsbüro)?
2. In wievielen Fällen wurden 1988/89/90 gegen Beamte von Sicherheitsbehörden wegen unzulässiger Gewaltanwendung im Dienst (insbesondere § 83 f, 105, 107, 302 StGB) Anzeige bei der Staatsanwaltschaft oder bei Gericht erstattet (gegliedert nach Behörden bzw. im Bereich der BPO Wien gegliedert nach Kommissariaten und dem Wiener- und niederösterreichischen Sicherheitsbüro)?
3.
  - a) In wievielen der unter Punkt 2 genannten Fälle erfolgte eine Verurteilung der Beamten zu welchen Strafen und wegen welcher Delikte?
  - b) Welche dienstrechtlichen Folgen hatten die Verurteilungen?
  - c) Halten Sie die dienstrechtlichen Konsequenzen für ausreichend?
4. In wievielen der unter Punkt 1 genannten Fälle wurden gegen die betroffenen Beamten Disziplinarverfahren eingeleitet und mit welchem Ergebnis endeten die Disziplinarverfahren?
5.
  - a) In wievielen Fällen wurden gegen den Beschwerdeführer im Zusammenhang mit der Erstattung der Anzeige strafrechtliche Schritte eingeleitet (etwa wegen § 297 StGB "Verleumdungen" und anderer Delikte)?
  - b) Wie endeten diese Verfahren?
6.
  - a) In wievielen Fällen wurde in Zusammenhang mit dem Vorfall gegen die Betroffene bzw. den Betroffenen ein Verfahren wegen § 269 StGB (Widerstand gegen die Staatsgewalt) eingeleitet?
  - b) Wie endeten diese Verfahren?
7. Welche Kosten entstanden der Republik Österreich in den letzten fünf Jahren (gegliedert nach Jahren) durch das Fehlverhalten der Sicherheitsbehörde?
  - a) Wie hoch waren die Kosten durch Beschwerden an den Verfassungsgerichtshof?
  - b) Wie hoch waren die Kosten durch sonstige Beschwerden?
  - c) Wieviele der angeführten Kosten entfielen auf Amtshandlungen bei Demonstrationen?
  - d) Wieviele der angeführten Kosten entfielen auf sonstige Amtshandlungen?
8. Wurden diese Kosten von den beschuldigten Sicherheitsbehörden zurückgefordert?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Sind Sie bereit, diese unter Punkt 1 bis 9 genannten Angaben im jährlichen Sicherheitsbericht aufzunehmen?
11. Wenn nein, warum nicht?